

Minister - Konferenz

Lieferung im Rückstand. Wie soll bei den heutigen Transport-schwierigkeiten die Sache angepackt werden? Aus Oberösterreich seien ihm 900 Waggons versprochen, aus Mähren 254.

Der Minister des Innern habe den Präsidenten der Kriegsgetreideanstalt Schönka beauftragt, der Stadt Wien 4700 Waggons Mehl, nicht Mais, zur Verfügung zu stellen, weil damit gerechnet werden müsse, daß Mais vielleicht nur zu 80 Prozent ausgebeutet werden könne. Dabei sei angenommen worden, daß der Gemeinde nur ein 14tägiger eiserner Vorrat von 700 Waggons konzidiert werde. Weiters erklärte der Ackerbau-minister, er werde der Stadt Wien 200 Waggons Futterkleie geben. Am nächsten Tage sei er telegraphisch verständigt worden, das Kriegsministerium habe 100 Waggons davon mit Beschlag belegt. Am zweitnächsten Tage sei abermals telegraphiert worden, die zweiten 100 Waggons müßten nach Deutschland gehen, als Kompensation für diverses Kriegsmaterial. Seine Hoffnung, jetzt wieder den Pferdebesitzern und Milchweibern Futtermehl abgeben zu können, sei zu nichte geworden.

Die Statthalterei habe die Brauereigerste in der Umgebung Wiens mit Beschlag belegt. Er habe den Ackerbauminister gebeten, Kleie aus den beschlagnahmten Vorräten für Wien zur Verfügung zu stellen.

Dies sei mit der Motivierung abgelehnt worden, daß in erster Linie die Landwirtschaft zu berücksichtigen sei. Der Milchmeierstand in Wien gehöre doch auch zur Landwirtschaft. Es sei doch im Interesse der Regierung, daß in Wien der Milchmeierstand erhalten werde. Die Zahl der Kühe sei bereits um 2000 reduziert, was für die Milchproduktion von großer Bedeutung sei.

Das Kriegsministerium habe sämtliche Kleievorräte mit Beschlag belegt und als Preis 17 K 35 h per Meterzentner festgesetzt. Bei dem Bestande eines gesetzlichen Höchstpreises von 24 K offeriere eine staatliche Anstalt Mais mit 46 K, heute schon mit 52 K. Kleie sei mit 17 K 35 h bestimmt worden zu einer Zeit, wo der normierte Höchstpreis 24 K war. Die Konsumenten müßten also im Preise des Maismehles noch das zahlen, was die Landwirtschaft, die ohnehin jetzt Millionen verdient, profitiere.

Gestern abends sei ein Hofrat vom Ackerbauministerium bei ihm erschienen und habe ihm im Auftrage seines Ministers 350 Waggons Futterkleie zum Preise von 34 K angeboten. Er müsse diese Preise annehmen, sonst bekämen die Pferde und Kühe Wiens nichts. Er ersuche, diesen Bericht zur Kenntnis zu nehmen und schlage vor, daß eine Deputation der Obmänner-Konferenz vielleicht doch nochmals korporativ zum Minister-Präsidenten gehen solle, die ihn auf den Ernst der Lage aufmerksam mache. Die Gemeindevertretung könne die Verantwortung nicht mehr tragen. Er wolle noch bis inklusive Freitag warten, ob er nicht bis dahin einen Bescheid erhalte. Die Reduktion der Milchkuhe sei besorgniserregend, es seien noch weitere Betriebs-einstellungen in Aussicht, was auch davon komme, daß die Fleischhauer, die am Markte nicht befriedigt werden, von Stall zu Stall gehen und Kühe zu ungeheuren Preisen kaufen. Er hielte es nun für vorteilhaft, daß die Gemeinde 2000 Kühe kaufe und bei den Milchweibern einstelle. Diese sollen die Kühe füttern und die Milch verkaufen, und wenn dann die Kühe schlachtreif werden, sollte der Erlös an die Gemeinde zurückfallen.

Die Gemeinde Wien hätte dann wieder eine gesteigerte Milchproduktion und um 2000 Kinder mehr.

Gem.-Rat Dr. Schwarz-Hiller führt aus, daß arme Leute, die durch Wien durchreisen und sich eine Nacht hier aufhalten, doch gepflegt werden müßten, man könne sie ja nicht hungern lassen. Irgend ein Zuzug sei vollkommen ausgeschlossen, denn wenn sich jemand in Wien ansiedeln wollte, würde er von der Polizei rücksichtslos ausgewiesen werden. Darin sei auch insofern keine Härte gelegen, als dies einfach eine Notwendigkeit sei, die jeder einsehen müsse, da man keine Massierung fördern darf. Seit Abzug der Russen aus gewissen Bezirken seien viele Leute nach Ungarn übersiedelt. Diese Leute seien nun nach Wien gekommen, seien aber sofort nach Pardubitz oder Leibnitz weiterinstradiert worden, nicht nur in die Barackenlager, sondern auch in die böhmischen Gemeinden. Nur die ruthenischen Bauern kämen nach Smünd. In Wien hätten nur Leute bleiben dürfen, die so krank waren, daß sie nicht weitertransportabel waren. Das seien aber nur ganz wenige. Ein weiterer Zuzug von Flüchtlingen nach Wien sei ausgeschlossen.

Der Bürgermeister teilt weiters mit, er sei in der vorigen Woche vom Brückentopf-Kommando telephonisch aufgefordert worden, Mehl herzugeben, damit für 9000 Schanzarbeiter Brot gebacken werden könne, denn diese hätten seit Donnerstag kein Brot mehr. Alles muß die Gemeinde besorgen; natürlich schmelzen die Vorräte in entsetzlicher Weise zusammen.

Gem.-Rat Steiner spricht im Namen des Bürgerklubs dem Herrn Bürgermeister angesichts der Angriffe des Grafen Tisza für seine Bemühungen, Mahlprodukte aus Ungarn für die Approvisionnement der Stadt Wien zu erhalten, den wärmsten Dank aus.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner teilt mit, daß Fürst Lubomirski bei ihm gewesen sei und gesagt habe, er habe in Horodenta große Besitzungen und wenn auch die Russen viel weggenommen haben, so dürste doch ein großer Vorrat an Kartoffeln, die eingegraben waren, und sonstige Vorräte, die von den Russen nicht mitgenommen worden sind, vorhanden sein. Er habe gesagt er kaufe jedes Quantum sehr gerne, aber wie soll man die Eisenbahnwaggons bekommen? Er habe veranlaßt, daß ein Vertreter der Stadt Wien nach Debreczin gesendet werde, um mit der Feldtransportleitung eine Vereinbarung zu treffen. Er sende 50 Waggons in die Bukowina, die Landes-Ausschuß Sturm zugesagt habe. In erster Linie sei alles Mehl zu laden, was da ist, in zweiter Linie Getreide, in dritter Linie Bohnen und zum Schlusse Kartoffeln und Rüben.

Gem.-Rat Dr. Hein erklärt namens seines Verbandes, daß derselbe in dem Streite, der sich zwischen Tisza und dem Bürgermeister erhoben habe, selbstverständlich voll und ganz auf der Seite des Bürgermeisters Dr. Weiskirchner stehe, denn es sei ja ganz klar, daß es das Wiener Interesse fordere, von Ungarn möglichst viel zu bekommen.

Bürgermeister Dr. Weiskirchner erklärt, daß bezüglich der Futtermittel die Gemeinde vor einem Notstand sondergleichen stehe. Es sei nicht möglich, die Pferde, die eine starke Leistungsfähigkeit aufwenden müssen, mit Surrogaten und nur 3 kg Hafer zu versorgen. Er sehe dies bei der städtischen Stellwagenunternehmung und den Sanitätsstationen. Dabei habe ihm der Ackerbauminister eröffnet, es müsse noch weiter bis auf 2 1/2 kg